

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ärztliche Mitteilungen aus und für Baden. 1857-1933 1917

12 (30.6.1917)

Ärztliche Mitteilungen aus und für Baden.

Erscheinen 2 mal monatlich.

Anzeigen:

25 Pfg. die einspaltige Petitzeile
oder deren Raum,
mit Rabatt bei Wiederholungen.

Beilagen:

Preis nach Vereinbarung.

Einzelne Nummern 20 Pfg.

Jahres-Abonnement:

4 Mk. 75 Pfg.
exkl. Postgebühren.

Für Mitglieder der badischen
ärztlichen Landesvereine,
welche von Vereinswegen
für sämtliche Mitglieder
abonnieren

— 3 Mk. —

inkl. freier Zustellung.

Begründet von Dr. Rob. Volz.

Schriftleitung: Dr. Bongartz in Karlsruhe.

Verlag, Druck und Expedition: Malsch & Vogel in Karlsruhe.

LXXI. Jahrgang.

Karlsruhe

30. Juni 1917.

Die Grossh. Impfanstalt in Karlsruhe ist vom 1. Juli bis 1. September 1917 geschlossen. Impfstoff kann während dieser Zeit nur in Notfällen abgegeben werden.

Auszeichnung badischer Ärzte im Felde.

— Es erhielten

das eiserne Kreuz erster Klasse:

Stabsarzt Dr. Meyerhoff-Rotenfels,
Stabsarzt Dr. Mampell-Konstanz,
Assistenzarzt Dr. Otto Wegerle-Mannheim;

das eiserne Kreuz zweiter Klasse:

Dr. O. Wack-Heidelberg;

die Rote Kreuz-Medaille zweiter Klasse:

Medizinalrat Dr. Wegerle-Mannheim.

Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die diesjährige Versammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fand am 22. Juni in Mannheim im Saale der Kunsthalle statt. Erschienen waren etwa 150 Teilnehmer aus allen deutschen Bundesstaaten, eine für die gegenwärtigen Verhältnisse erhebliche Zahl. Die grossen ärztlichen Organisationen, Ärztevereinsbund und Leipziger Verband, die Landesversicherungsanstalten, die grossen Krankenkassenverbände waren durch ihre leitenden Persönlichkeiten vertreten, ein Beweis, welche Bedeutung dem einzigen Beratungsgegenstande, der Frage der Beratungsstellen für Geschlechtskranke bei den Landesversicherungsanstalten von allen beteiligten Kreisen beigelegt wurde.

Nach Erledigung des Geschäftsberichtes legte der Vorsitzende, Prof. Dr. Blaschko, zunächst noch einmal dar, wie die Geschlechtskrankheiten während des Krieges

speziell in Belgien im deutschen Heer ungeheuer zugenommen haben, so dass der verstorbene Generalgouverneur von Bissing ihnen die ernsteste Aufmerksamkeit zuwandte, wie andererseits eine sehr grosse Anzahl von Geschlechtskranken sich überhaupt nicht behandeln lässt, wie ausserdem der Syphilitiker und der noch nicht geheilte Gonorrhoeiker keine Krankheitsbeschwerden fühlt und sich für gesund hält in einem Stadium, in dem Dauerüberwachung unbedingt notwendig wäre. Der Arzt kann in der Privatpraxis diese Patienten nicht zu weiterer Behandlung zu veranlassen suchen, ohne sich Missdeutungen auszusetzen; ebenso wenig kann der Kassenarzt die Überwachung durchführen, auch ist er nach dem alten Krankenkassengesetz garnicht dazu berechtigt. Aus diesen Gründen ist das Prinzip der Beratungsstellen bei den Krankenversicherungsanstalten aufgestellt und anfangs freudig aufgenommen, bald aber mit einer grossen Zahl von Gegengründen angezweifelt und direkt verworfen worden. Die heutige Tagung soll dazu dienen, diese Frage klären zu helfen. Eingehender berührte der Redner noch den Einwand, dass die Beratungsstellen das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten störe. Das könne überhaupt nur für die Privatpraxis in Betracht kommen, und man dürfe nicht vergessen, dass die von der Kasse versorgten Massen vor den Zeiten der Sozialversicherung im wesentlichen ohne ärztliche Versorgung blieben. Man müsse aber anerkennen, dass rein ideelle Gründe die Gegner aus Ärztekreisen zu ihrer Stellungnahme gegen die Beratungsstellen bringen.

Der Referent, Dr. Müller-Metz, wies in eindringlicher Weise ebenfalls auf die ungeheure Ausdehnung hin, die die Geschlechtskrankheiten in diesem Kriege genommen hätten, so dass sie zu einer weit schlimmeren Kriegsseuche geworden seien, als die akuten Infektionskrankheiten. Die Zahl der Geschlechtskranken in der Armee betrage nach der bis jetzt vorliegenden Statistik etwa 800 000 Fälle wovon 600 000 auf die Gonorrhoe und 200 000 auf die Syphilis entfallen. Wenn man bedenke, dass ein sehr grosser Teil der Luetiker verheiratet sei und aus ländlichen Bezirken stamme, die bisher von der Syphilis fast vollständig verschont gewesen wären,

so könne man die Gefahr für die Nachkommenschaft und den Geburtenrückgang nicht hoch genug einschätzen. Nur etwa 10 Prozent der Luetiker würden so ausreichend behandelt, wie es nötig wäre, um eine Ansteckungsgefahr, Beeinträchtigung der Nachkommenschaft und schwere Folgekrankheiten zu vermeiden.

Die Ursachen für die beklagenswerte Tatsache liegen in der Indolenz und Unkenntnis der Kranken und mannigfachen wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Es fehlt eine Stelle, die sich völlig uninteressiert der Kranken annimmt und sie überwacht. Hier soll eben die Tätigkeit der Beratungsstellen einsetzen. Die nicht unbedeutenden Schwierigkeiten, die sich dieser Tätigkeit entgegenstellen, können und müssen überwunden werden. Vor allem ist es nötig, die vielfach auf Missverständnissen beruhende Gleichgültigkeit und den Widerspruch weiter Ärztekreise zu beseitigen, denn die eifrige Mithilfe der Ärzte ist für die Beratungsstellen unerlässlich. Beratung und Behandlung müssen grundsätzlich getrennt bleiben. Für letztere muss das Prinzip der freien Arztwahl unbedingt durchgeführt werden. Verträge bezüglich der Honorierung der ärztlichen Behandlung erschweren nur die Tätigkeit der Beratungsstellen. Der Referent ging dann ausführlich auf die Frage des Melderechtes und der Meldepflicht ein. Die Meinungsverschiedenheiten in diesen Fragen rühren daher, dass Juristen und Verwaltungsbeamte nur nach Rechtsnormen sich richten, während für den Arzt die Gebote der Standesethik massgebend seien, über die er nicht hinauskomme auch wenn er rechtlich strafflos sei. Alles, was nach Zwang, Strafe und Drohung aussehe, könne der Sache nur schaden. Der Referent erklärte dann, seitens des Verbandes der Landesversicherungsanstalten ermächtigt zu sein, mitzuteilen, dass diese nicht an die Einführung eines Meldezwinges ohne Einwilligung des Kranken dächten. Die Meldung den Krankenkassen zu überlassen, ist ein Umweg, dem das schwere Bedenken entgegensteht, dass wahllos vorgegangen wird. Nur der Arzt kann abwägen, ob eine Meldung im Einzelfalle nötig ist.

Da die Bedenken, dass die Kranken zum Kurfuscher gehen, der sie nicht anmeldet, sehr berechtigt sind, ist ein Kurfuschereiverbot unerlässlich.

Wegen der mancherlei Schreibarbeit, die mit den Meldungen verbunden ist, sollen sie dem Arzte honoriert werden. Bei der Gründung und der Tätigkeit der Beratungsstellen muss alles vermieden werden, was als Reklame für den leitenden Arzt dienen kann.

Bis jetzt sind 90 Beratungsstellen in Deutschland vorhanden, deren Inanspruchnahme eine sehr verschiedene ist. Die Gründung von Beratungsstellen soll nur im Einvernehmen mit der ärztlichen Landesvertretung erfolgen und am besten werden die Vorverhandlungen einem Arzte überlassen. Die ärztliche Berufsfreiheit muss soweit wie möglich gewahrt bleiben, aber diese Freiheit findet eine Grenze an dem Wohle des Vaterlandes.

Der Korreferent, Professor Zumbusch - München, sprach über seine Erfahrungen als Leiter der Beratungsstelle in München, deren Tätigkeit besonders dadurch günstig beeinflusst wird, dass sie in den Räumlichkeiten der Poliklinik eingerichtet ist und ausserdem die Kranken der Universitätsklinik an sie verwiesen werden. Es

kommen aber auch viele Kranke aus eigenem Antriebe. Im Anfange viele Syphilidophoben und Hypochondrien, jetzt aber solche, die wirklich beraten sein wollen z. bezügl. der Heirat etc. Wenn die Beratungsstellen nur langsam entwickeln, so darf das nicht entmutigen. Es kommt vor allem darauf an, dass die Ärzte die Beratungsstellen vom richtigen Gesichtspunkte aus betrachten. Nötig ist die Zustimmung des Kranken zur Meldung, die indess bei geschicktem Vorgehen leicht erlangen ist. Sich prinzipiell über komplizierte Einzelfälle auseinanderzusetzen ist unnötig, da sie sich in der Praxis bei richtiger Handhabung der Beratungsstellen leicht regeln lassen.

In der nun folgenden Diskussion kam zuerst die Sprache auf die grossen Gefahren, denen gerade während des Krieges die Halbwüchsigen ausgesetzt seien, von der Prostitution verfolgt und verlockt würden. Man müsse die Eltern darauf aufmerksam machen, welche Bedrohungen ihre Söhne ausgesetzt sind, und man müsse sich an die entsprechenden Stellen wenden, damit die Jugend gewahrt werde. Nach einer kurzen Aussprache darüber, wie sich die verschiedenen Behörden und Stellen zu solchen Fragen stellen, wurde beschlossen, eine Resolution hierüber auszuarbeiten und an die Regierung, das Kultusministerium und den Städtetag zu senden.

Der Vorsitzende des Ärztevereinsbundes, Sanitätsrat Dr. Dippe - Leipzig, trat warm für die Beratungsstellen ein ohne jede Zwangsbestimmungen und wies besonders energisch den Vorwurf zurück, dass der Widerstand stellenweise aus ärztlichen Kreisen gekommen sei, selbstsüchtige Beweggründe zurückzuführen sei. Er fordert strenges Zusammengehen mit den ärztlichen Landesvertretungen und rügte es, dass manche Landesversicherungsanstalten das nicht getan haben. Auch fordert ein strenges Kurfuschereiverbot.

Der Vertreter des Ortskrankenkassenverbandes, Landmann - Dresden, wünscht ein Zusammengehen der Landesversicherungsanstalten mit den Krankenkassen. Die Arbeit der Krankenkassen sei weniger nötig bei der Meldung als bei der Durchführung der Behandlung.

Ohne Mitarbeit der Ärzte sei ein Gedeihen der Beratungsstellen unmöglich.

Als Grundzug der weiteren Debatte ist festzuhalten, dass die Versammlung sich in all ihren Teilen einig über die Bedeutung einer gründlichen Behandlung der Geschlechtskrankheiten sowohl als auch über die Aufgaben der Beratungsstellen, gegen die prinzipielle Einwände eigentlich von keiner Seite vorgebracht wurden. Die heftige Opposition, die die Ärzte vielerorts dagegen erhoben haben, müsste, wenn der Eindruck der Tagung allgemein gültig ist, im Verklingen sein. Vertreter der Ärzteschaft sowie Vertreter der Krankenkassen wenden sich gegen das bürokratische Vorgehen der Landesversicherungsanstalten, welche vielerorts Beratungsstellen eingerichtet hätten, ohne dass diese beiden in erster Linie zur Mitarbeit berufenen Faktoren auch nur durch unterrichtet waren. Einigermassen verschieden blieben unter den Ärzten selbst die Anschauungen in der grundlegenden Frage, wie weit man den Kreis der Anmeldungen von Kranken ausdehnen solle. Bezeichnend für die Meinungsverschiedenheiten auf diesem Gebiete

wohl als einziger Redner ein Arzt für eine beschränkte Meldepflicht eintrat, während andere der freien Entscheidung des Arztes unbedingten Spielraum lassen wollten.

Von Krankenkassenvertretern sowie aus der Praxis einer Fürsorgestelle heraus wurde darauf hingewiesen, dass bisher wenigstens sich vielfach Ärzte nicht willig zur Mitarbeit gezeigt hätten, sei es aus Opposition oder aus Abneigung gegen die Neuerung, so dass eine Mitwirkung der Krankenkassen bei den Anmeldungen der Geschlechtskranken zur Beratungsstelle als Ergänzung kaum entbehrlich sei.

Als Anregungen ergaben sich aus der Diskussion die Vorschläge, auf dem Lande nahe der Eisenbahn Beratungsstellen einzurichten, um der Verseuchung der Landbevölkerung einen Riegel vorzuschieben, wie überhaupt planmässiger als bisher in der Einrichtung solcher Stellen vorzugehen. Besonderen Beifall fanden Ausführungen darüber, wie die Beratungsstellen weit über ihre ärztlichen Aufgaben hinaus den Erkrankten auch in wirtschaftlichen und allgemein menschlichen Fragen zur Seite stehen sollten, wogegen freilich eingewendet wurde, dass man einer solch vollkommen neuen Einrichtung Zeit zur Entwicklung lassen müsse und sie nicht mit Aufgaben überlasten dürfe.

Der Direktor der Reichsversicherungsanstalt, Dr. Kaufmann, der den Verhandlungen beiwohnte, sprach seine Befriedigung darüber aus, dass sie so erfreulich und anregend verlaufen seien. Wenn man jetzt mit einem jahrhundertalten Schlendrian breche und den Geschlechtskrankheiten als den Totengräbern des Volkes energisch zu Leibe gehe, so sei man doch nicht in der Ansicht befangen, dass das, was man bis jetzt geschaffen hat, schon etwas Endgültiges sei, vielmehr würde man gern bereit sein, die Beratungsstellen nach den gesammelten Erfahrungen auszubauen.

Besonders energisch wurde von vielen Seiten betont, dass ein gesetzliches Verbot der Kurlpfscherei unbedingtes Erfordernis sei, wenn nicht all diese Bemühungen einen Schlag ins Wasser darstellen sollen.

Der Vorsitzende des Ärztevereins-Bundes, Sanitätsrat Dr. Dippe, hatte eine Entschliessung eingebracht, die zum Schluss der Verhandlungen mit einer geringfügigen Änderung einstimmig angenommen wurde. In dieser Entschliessung heisst es, dass die Versammlung alle Ärzte auffordere, sich mit voller Kraft an dem Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten zu beteiligen, vor allem durch Unterstützung der Beratungsstellen, während es andererseits unbedingt erforderlich sei, dass die Landesversicherungsanstalten und die Krankenkassen bei ihrem Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten allenthalben gemeinsam mit den ärztlichen Standesvertretungen vorgehen. Als Grundbedingung jedes weiteren Vorgehens sei ein gesetzliches strenges Verbot der Behandlung der Geschlechtskrankheiten durch Nichtärzte, der Fernbehandlung Geschlechtskranker sowie des öffentlichen Sihanbietens zur Behandlung Geschlechtskranker anzusehen.

Nach einigen Schlussworten des Herrn Dr. Müller sowie des Vorsitzenden kündigte der Direktor der Reichsversicherungsanstalt, Dr. Kaufmann, an, dass

eine Beratung über denselben Gegenstand im Herbst in Berlin stattfinden solle.

Überblickt man den Gang der Verhandlungen im ganzen so kann man sagen, dass sie doch wesentlich dazu beigetragen haben, Missverständnisse zu zerstreuen und den Willen zur gemeinsamen Tätigkeit im Interesse der Beratungsstellen zu fördern.

Die Verhandlungen haben auch unzweifelhaft klargestellt, dass die Missverständnisse und Gegensätze an manchen Stellen durch das bürokratische und allzu-selbstherrliche Vorgehen der Landesversicherungsanstalten hervorgerufen worden sind. Wenn das, wie nun ja wohl anzunehmen ist, in Zukunft vermieden wird, so werden sich kaum noch Schwierigkeiten ergeben, soweit die ärztliche Mitarbeit in Betracht kommt. Damit ist ja nun freilich die Zukunft der Beratungsstellen noch nicht gesichert und vor allem noch nicht die Frage gelöst, ob auf dem von ihnen beschrittenen Wege in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Erfolge erzielt werden können, die in einem richtigen Verhältnis zur aufgewendeten Mühe, Arbeit und Kosten stehen. Aber da bis jetzt noch Niemand einen besseren Weg hat angeben können, so ist es nun die Aufgabe aller Beteiligten und besonders der Ärzte, mitzuhelfen, dass das erstrebte Ziel soweit möglich erreicht wird.

Kraftfahrer-Vereinigung deutscher Ärzte (E. V.)

Am 20. Mai a. c. fand in Dresden die 10. ordentliche Hauptversammlung der seit 1907 bestehenden Vereinigung statt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, dass auch im 2. Kriegsjahr reichlich Gelegenheit gegeben war, den Mitgliedern in allen, den Kraftfahrbetrieb bezügelichen Dingen mit Auskunft und Rat beizustehen. Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten betrafen Betriebsstoff und Bereifung. Was den Brennstoff anbelangt, so hat Prof. Dr. Dieterich-Helfenberg als Mitglied der Sachverständigenstelle durch fleissige und zeitraubende Untersuchungen das Verhalten derselben in Mischungen und bei verschiedenen Wärmegraden, besonders Frost, angestellt, die äusserst wichtige Ergebnisse zur Folge hatten. Grosse Not bestand und besteht auch heute noch bezüglich der Bereifung, da alle Versuche, den Luftreifen durch Federung zu ersetzen, leider bisher ergebnislos geblieben sind. Immerhin ist es anerkennenswert, dass die Industrie einige gut brauchbare Behelfsmittel gefunden hat, sodass es den im Lande gebliebenen Mitgliedern immer noch möglich ist, den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Der Kassenbericht weist einen Vermögensbestand von 106 765 M 45 S auf, von welcher Summe man 20 000 M der eigenen Unterstützungskasse zuführte. Letztere hat bereits segensreich gewirkt und vielen durch den Krieg in Not geratenen Mitgliedern Beihilfen gewährt.

Gegen die vom Reichsschatzamt geplante Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer beschloss man sofort vorzugehen und wurde unterdessen umseits abgedruckte Denkschrift an den Reichskanzler abgesandt.

Die Wahlen ergaben keine Veränderung in der bisherigen Zusammensetzung des Vorstandes, sodass derselbe weiterhin aus folgenden Herren besteht:

Oberstabsarzt Dr. Krüger, Dresden, 1. Vorsitzender, z. Zt. im Felde.

Dr. Rothmaler, Gerbstedt-Mansf., Sekretär, stellvertretender Vorsitzender.

Augenarzt Dr. Stroschein, Dresden, Vorsitzender der Sachverständigenstelle.

Dr. Pinggéra, München.

Stabsveterinär Möller, Strasburg, Wpr., z. Zt. im Felde.

Reg.-Vet.-Rat Dr. Göhre, Grossenhain.

Stabsarzt Dr. Toeplitz, Breslau, z. Zt. im Felde.

Es ist zu wünschen, dass möglichst alle kraftfahrenden Ärzte der Vereinigung beitreten. Der geringe Jahresbeitrag von 10 M wird durch die gebotenen Vorteile reichlich aufgewogen. Näheres durch die Geschäftsstelle Dresden 29, Lübeckerstrasse 91.

Betr.: Geplante Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer.

Die an den Reichskanzler (Reichsschatzamt) abgeschickte Denkschrift hat folgenden Wortlaut:

Euer Exzellenz erlaubt sich die unterfertigte Kraftfahrer-Vereinigung Deutscher Ärzte (e. V.) die nachfolgende Bitte zu unterbreiten:

Die Kraftfahrer-Vereinigung Deutscher Ärzte (e. V.) Sitz Dresden, umfasst mit wenigen Ausnahmen sämtliche kraftfahrenden deutschen Ärzte und Tierärzte. Zur Zeit sind das etwa 3500 Mitglieder.

Der Arzt, besonders der Landarzt, ist heute fast allerorten darauf angewiesen, seine Krankenbesuche mittelst Kraftwagens zu erledigen. Die erweiterte Krankenversicherung mit Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in die Reichsversicherungsordnung hat ein erhebliches Mehr an Krankenbesuchen gerade auf dem Lande erforderlich gemacht, die fortschreitende Industrialisierung weiter Landbezirke hat den Krankenstand erhöht, sodass viele Ärzte, welche früher mit Pferden auskamen, gezwungen waren, zum Kraftwagenbetrieb überzugehen. In noch ganz erheblich höherem Masse wird das nach dem Kriege der Fall sein, wenn die Behandlung der Kriegsbeschädigten den Ärzten neue umfangreiche Aufgaben stellt.

Der Kraftwagen ermöglicht den Ärzten eine schnelle und sichere Versorgung der Kranken, was besonders in der Geburtshilfe von ausschlaggebender Bedeutung ist. Manches Menschenleben ist nur durch diese schnelle Hilfe, die der Kraftwagen ermöglicht, erhalten worden. Für das deutsche Volk muss die Erhaltung jedes einzelnen Menschenlebens, ganz besonders der gebärenden Frau und ihres Kindes, in jeder Weise und nicht zuletzt dadurch gefördert werden, dass dem Arztkraftwagen, der die rechtzeitige Erreichung fachmännischer Hilfe ermöglicht, die weiteste Verbreitung gesichert wird.

So kann es keinem Zweifel unterliegen, dass der Kraftwagenbetrieb des Arztes von solchen Lasten gänzlich verschont bleiben muss, durch welche Ärzte gezwungen werden, den Betrieb als unwirtschaftlich einzustellen.

Die bisherige Gesetzgebung — Reichsstempelgesetz

vom 15. Juli 1909 — nahm auf den Arztkraftwagen in keiner Weise Rücksicht, wohl aus der Erwägung heraus, dass damals der Kraftwagen im allgemeinen noch als Luxusfahrzeug galt und sein Besitz als ein Sondergut sehr steuerkräftiger Leute, während die ausschliesslich der gewerblichen Personenbeförderung dienenden Kraftwagen steuerfrei blieben. In voller Würdigung der Notwendigkeit dieser Rücksichtnahme auf den öffentlichen Verkehr muss aber nachdrücklich hervorgehoben werden, dass gerade bei der ungeheuren Wichtigkeit jedes einzelnen Menschenlebens nach dem Kriege der Kraftwagen des Arztes in noch viel höherem Grade dem Wohle der Allgemeinheit dient, als der gewerbliche Personenwagen.

Es gibt nur sehr wenige Ärzte, für die ihr Kraftwagen ein Luxusfahrzeug darstellt, und diese fahren meist grosse, starke Wagen. Die meisten Ärzte brauchen ihr Fahrzeug lediglich oder doch fast ausschliesslich zur Ausübung ihres schweren Berufes und zur Erfüllung ihrer reichlich bemessenen Pflichten, für das Gemeinwohl. Wenn nun bereits die bisherige Kraftfahrzeugbesteuerung den wirtschaftlich meist durchaus nicht glänzend gestellten Landärzten als schwere Belastung erschien, so hat das Schreiben des Herrn Reichskanzlers vom 6. März 1917 — III, 3260 — in den Kreisen der kraftfahrenden Ärzte die allerschwerste Beunruhigung hervorgerufen. Es wird darin nicht allein die Erhöhung der bisherigen Steuer auf das Doppelte in Aussicht gestellt, sondern auch die Berechnung derselben nach indizierten, statt wie bisher nach wirklich geleisteten PS, kurz nach Brems-PS, statt nach Steuer-PS.

Die kleinen Wagen, welche von Ärzten fast ausschliesslich beruflich gefahren werden, d. h. die Wagen von 5 bis höchstens 10 Steuer-Pferden, würden dadurch eine derart unerträgliche Belastung erfahren, dass der grösste Teil der Ärzte den Kraftwagenbetrieb als unwirtschaftlich aufgeben müsste.

Eine Abwälzung der Mehrbelastung auf den Krankenkassen wird nach dem Kriege nicht möglich sein. Weder bei den Krankenkassen, noch bei den Privatpatienten besteht die geringste Neigung, die Mühen des Arztes nach der Geldeinstufung entsprechenden höheren Sätzen zu entlohnen. Nach dem Kriege wird bei den gesteigerten Unkosten der allgemeinen Lebenshaltung diese Geneigtheit noch viel weniger vorhanden sein. Schon jetzt wehren sich die Krankenkassen wie Privatpersonen trotz der enormen Steigerung der Berufskosten des Arztes verzweifelt gegen jede, auch die bescheidenste Erhöhung der ärztlichen Forderungen.

Der kraftfahrende Arzt könnte die steuerliche Mehrbelastung nur durch erhebliche Honorarerhöhung tragen. Es ist aber durchaus nicht zum Besten des Vaterlandes, wenn der Kranke der hohen Unkosten wegen erst spät oder gar nicht ärztliche Hilfe in Anspruch nimmt.

Für die Tierärzte liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. Die rechtzeitige Feststellung von Seuchen in den für die Volksernährung so wichtigen Viehbeständen, die rechtzeitige Erhaltung erkrankter Tiere sind volkswirtschaftlich derartig wichtige Punkte, dass füglich die Tierärzte beanspruchte Rücksichtnahme auch für die Tierärzte geboten erscheint.

Auch diesen würde die geplante Steuererhöhung in grossen Teile die Haltung des Kraftfahrzeuges unmöglich

machen oder der Bevölkerung ihre Inanspruchnahme unerträglich verteuern.

Das Volkswohl erheischt unbedingt die weiteste Verbreitung, nicht aber eine Unterdrückung des Kraftwagenbetriebes der Ärzte und Tierärzte durch wirtschaftliche Erdrosselung!

Die unterfertigte Vereinigung als berufene Vertreterin der kraftfahrenden Ärzte und Tierärzte bittet daher Euerer Exzellenz, im Interesse der Volksgesundheit und Volksernährung veranlassen zu wollen, dass bei dem geplanten Gesetzentwurf betr. Kraftwagenbesteuerung die Kraftfahrzeuge im Besitze von Ärzten und Tierärzten grundsätzlich von jeder Besteuerung gänzlich frei bleiben, soweit sie nicht mehr als 10 Steuer-PS nach der bisherigen Formel leisten.

Errichtung eines Gesundheitsministeriums in Österreich.

Ein frischer Zug geht durch die österreichischen Lande. Nachdem vor einigen Monaten der Versuch gemacht worden ist, die auch dort vorhandenen Streitigkeiten zwischen Kassen und Ärzten durch eine gesetzliche Regelung aus der Welt zu schaffen — die Regelung ist etwa in dem Sinne erfolgt, wie es der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung seiner Zeit für Deutschland in Aussicht genommen hatte —, ist vor einigen Wochen ein eigenes Ministerium für Gesundheitspflege ins Leben gerufen worden. Welche Einzelaufgaben diesem neuen Amt überwiesen sind, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis. Aber wenn man sich einmal klar macht, welche Fülle von neuen Aufgaben allein der Krieg und seine Folgen dem Gesundheitswesen bringen muss, z. T. schon gebracht hat, so wird man diesen Entschluss der österreichischen Regierung mit Freude begrüßen. Auffallen muss allerdings, dass man sich nicht entschlossen hat, vollkommen reinen Tisch zu machen und an die Spitze dieses Ministeriums einen Mediziner zu stellen. Warum die Leitung, wie vordem, in die Hand eines Juristen gelegt werden musste, ist unverständlich — wenn nicht etwa politische Beweggründe dabei den Ausschlag gegeben haben. Haben sich doch gerade die Techniker — und zu ihnen zählt in gewissem Sinne auch der Arzt — in diesem Kriege mehr als die Verwaltungsjuristen bewährt. Das völlige Versagen des Assessorentums in der Lebensmittelfrage hätte doch zu denken geben können.

In Deutschland wird man das Wirken dieses neuen Amtes mit dem grössten Interesse verfolgen. Bei uns gibt es zwar ein kaiserliches Gesundheitsamt; aber dieses hat im grossen und ganzen nur hygienische Fragen zu bearbeiten. Eine Instanz für das gesamte Medizinalwesen und die ihm verwandten Gebiete kennt das grosse Deutsche Reich nicht; erforderlichenfalls übernehmen die Referenten der Medizinalabteilung im Preussischen Ministerium des Innern oder eines andern Bundesstaates, die an sich schon reichlich überlastet sind, die Ausarbeitung und Vertretung der Vorlagen im Reichstag. Dass das je länger je mehr zu geradezu haltlosen Zuständen führen muss, bedarf kaum näherer Begründung.

Es ist ein Gebot der Stunde, dass auch für das grosse Reich eine eigene Medizinalabteilung errichtet bzw. ein Reichsamt für das gesamte Gesundheitswesen geschaffen wird. Die Aufgaben dieses neuen Amtes sind so vielgestaltig, sie sind durch den Krieg so gewachsen, dass sie unmöglich, gewissermassen im Nebenauftrag erledigt werden können. Hier heisst es, ganze Arbeit machen und den richtigen Mann an die Spitze stellen — aber nicht wieder einen Verwaltungsbeamten, sondern einen Mediziner, deren Lob ja im Kriege von allen Seiten gesungen wurde.

(Berl. Ärzte-Corresp.)

Bücherschau.

Brehms Tierleben. Allgemeine Kunde des Tierlebens. 13 Bände. Mit über 2000 Abbildungen im Tert und auf mehr als 500 Tafeln in Farbendruck, Kupferätzung und Holzschnitt sowie 13 Karten. Vierte, vollständig neubearbeitete Auflage, herausgegeben von Prof. Dr. Otto zur Strassen. Band II: Vierfüssler, Insekten und Spinnenkerfe. Neubearbeitet von Richard Heymons unter Mitarbeit von Helene Heymons. Mit 367 Abbildungen im Text, 20 farbigen und 15 schwarzen Tafeln, 7 Doppeltafeln und 4 einseitigen Tafeln nach Photographien und einer Kartenbeilage. In Halbleder gebunden 14 *M.*

Die Erforschung der Kerbtiere ist innerhalb der Zoologie längst zu einer Spezialwissenschaft geworden, und schon für die erste Ausgabe des „Tierleben“ übertrug Brehm die Darstellung der Insektenwelt einem besonderen Mitarbeiter, dem Professor Taschenberg in Halle, der diesen Band auch in zweiter und dritter Auflage bearbeitet hat. Professor Heymons, der nach Taschenbergs Tode die vierte Auflage übernahm, sah sich vor eine ganz andere Aufgabe gestellt als die übrigen Mitarbeiter an dem grossen Werke; hätte er die Vollständigkeit angestrebt, welche die übrigen Bände der neuen Auflage des „Brehm“ auszeichnet, und an die noch Taschenberg bei der ersten Auflage denken konnte, und alle 384 000 bisher genauer bekanntgewordenen Insektenarten auch nur erwähnen wollen, so wäre ein vollständiges Werk entstanden. So musste sich gerade in der Beschränkung der Meister zeigen; unter Verzicht auf genaue Beschreibung des äusseren und inneren Körperbaus der besprochenen Arten wurde das Hauptgewicht auf die Lebensweise der Insekten und die Rolle, die sie im grossen Naturganzen spielen, gelegt. Unter der Überfülle der einzelnen Arten wurden diejenigen bevorzugt, die den Menschen aller Zonen irgendwie nahetreten, sei es als Haustiere oder Hausgenossen, sei es als Schmarotzer oder Schädlinge. Trotzdem sind alle wichtigeren Familien berücksichtigt, und dank einer sorgfältigen Raumverteilung, einer klaren und flüssigen Sprache, aus der man auf jeder Seite die völlige Beherrschung des Stoffes herausfühlt und einer gut überlegten und reichlichen Bilderausstattung führt der stattliche, 716 Seiten umfassende Band auch den Fernerstehenden in das vielgestaltige Reich der Vierfüssler, Insekten und Spinnentiere zuverlässig und kurzweilig ein.

Verschiedenes.

Das stellv. Generalkommando des III. Armeekorps, Berlin, hat Veranlassung genommen, auf folgende Missstände hinzuweisen:

Für die Kriegsgefangenen der Arbeitskommandos werden grosse Mengen oft teurer, unter Wortschutz stehender Arzneimittel verschrieben. Zu allen Mixturen werden (meist überflüssige) Geschmackskorrigentien, häufig fast sogar sehr kostspielige, wie Sir. Aurant, Cort. Ölzucker u. a. m., verordnet. Verordnung von Arzneyspezialitäten, wie Sirolin, Aspirin-tabletten usw., statt der viel billigeren gleichwertigen Ersatzpräparate (Sir. Kal. sulfogualjacol, Tabletten Ac. acetylosalieryl. und ähnliche), ist fast die Regel.

Bei Verbandstoffen sind Verordnungen wie $\frac{1}{2}$ Kilogr. Watte, 10 oder gar mehr Mullbinden, bis zu 3 Flanellbinden oder Trikotschlauchbinden für einen Kranken keine Seltenheit, trotz der wiederholten Hinweise in der Fachpresse auf die Knappheit der Verbandmittel.

Es sind möglichst Papierbinden und Zellstoffwatte zu verordnen.

Auch ärztliche Verschreibungen von Luxusgefässen (z. B. ad. vitr., pat. ad. scat. ad. oll. tect.) kommen vor.

Mit Rücksicht auf die infolge des Krieges knapp gewordenen Vorräte beinahe aller Arznei- und Verbandmittel ist grösste Sparsamkeit bei dem Verbrauch derselben geboten, damit nicht über kurz oder lang die Bestände völlig aufgebraucht sind.

Ganz besonders aber im Hinblick darauf, dass unseren in feindlicher Kriegsgefangenschaft befindlichen Leuten in den allermeisten Fällen nicht einmal die unumgänglich notwendigen Arznei- und Verbandmittel geliefert werden, ist das oben geschilderte Verfahren der Arzneiverschwendung,

wie es leider von einem grossen Teil der Ärzte geübt wird, nicht am Platze.

Zwar sollen die Kriegsgefangenen Arzneien usw. erhalten, jedoch müssen sämtliche Verordnungen sich auf die unumgänglich Notwendige beschränken und jedenfalls den Grundsatz der durch die Zeitlage gebotenen weisen Sparsamkeit entsprechen.

Zur Erzielung grösserer Sparsamkeit beim Arzneiverbrauch sind die in den Berliner Magistratsformulare Ausgabe 1917 unter Ziffer 5 abgedruckten Bestimmungen als sehr geeignet zu empfehlen. Allg. 16 11. II. M. 4. 17

Der „Ausschuss zur Versendung von Liebesgaben an kriegsgefangene Akademiker“ zu Berlin bittet um die Veröffentlichung folgender Danksagung:

Die medizinischen Verlagsfirmen Bergmann-Wiesbaden, Deuticke-Wien, Enke-Stuttgart, Fischer-Jena, Hirschwald-Berlin, Hölder-Wien, Karger-Berlin, Lehmann-München, Perles-Wien, Springer-Berlin, Thieme-Leipzig, Urban u. Schwarzenberger-Berlin und Vogel-Leipzig haben auf unser Gesuch etwa zweihundert in Russland kriegsgefangene deutschen und österreichisch-ungarischen Mediziner (Ärzte und Studenten) mehr als 1500 wertvolle Werke ihres Verlags unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Für diese hochherzige patriotische Gabe, durch die den kriegsgefangenen Mediziner die Möglichkeit fruchtbarer geistiger Anregung und insbesondere beruflicher Fortbildung gewährt wird, verfehlen wir nicht, den genannten Herren Verlegern ausser öffentlich unseren tiefgefühlten Dank auszusprechen.

gez Professor Dr. Th. Kipp,
Geh. Justizrat.



Dr. Reicher's Kuranstalt „Hohenlohe“
Bad Mergentheim (u. württ.)
für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten.
Für Verpflegung bestens gesorgt.

36*19.5

GOLDHAMMER-PILLEN

Bism. salicyl. u. Carbo mit reichlich Ol. menth. pip.;
Darmlöslich gelatiniert. Seit Jahren mit bestem
Erfolg erprobtes Spezialpräparat bei
Chron. Darmkatarrhen-Darmgärungen

Sch. à 60 Pillen in den Apotheken. Ärztemuster gratis.
Laboratorium F. Augsberger, Strassburg 1/2.

344*24.12

MOSER'S COCA-PEPSIN PRÄPARATE: DIGESTOMAL: ELIXIR u. TABLETTE

SAUER UND ALKALISCH. 316*32.24

Kombination von Bitterstoffen mit Verdauungsfermenten —
klinisch erprobt und zuverlässig bei den verschiedensten Magen-
und Darmkrankheiten und hervorragend als
Digestivum, Stomachicum, Roborans.
Vorteile: Eminente Verdauungskraft, rasch appetitanregende Wirkung,
u. damit zusammenhängend eine natürl. Besserung des Kräftezustandes.
Chem. Labor. J. Moser, Kirchzarten-Freiburg i. Br.

Dr. Kaufmann, Bad Wildungen

hat daselbst seine **urologische Praxis** wieder aufgenommen

Sanatorium Stammberg

Schriesheim a. d. Bergstrasse
für weibliche **Lungenkranke** des gebildeten
Mittelstandes. — 4.50 M bis 6.50 M pro Tag. —
Sommer- und Winterkur.
Prospekt durch die **Verwaltung**.
Auch während des Krieges geöffnet. 323*24.18

Myocarditis.

Arteriosklerose.

Herzneurose.



Herzversagen.

Kompensations-

Störungen.

Ergotin-Coffein-Tabletten und Ampullen zur Injektion.

Zur Regulierung der Herztätigkeit wirksamer und noch von Erfolg, wo Digitalis und Jodpräparate versagen.

Myocardol-Tabletten, Original-Packung 24 Tabletten, Kassen-Packung 10 Tabletten, 1 mal täglich 3 bis 4 Tabletten.

Subentan.

Myocardol-Ampullen, Original-Packung 6 Ampullen, Kassen-Packung 3 Ampullen.

Darmkatarrh.



Akute und chronische

Durchfälle der

Säuglinge.

Tanninsilbereiweiss-Tabletten und -Pulver.

Das völlig reizlose, unschädliche, die Diätbehandlung wirksamst unterstützende Darmdesinficiens und Antidiarrhoicum, frei von Nebenwirkungen, Übelkeit, Erbrechen oder nachfolgender Verstopfung.

Tanargentan-Tabletten à 0,25, **Tanargentan-Tabletten** à 0,5, 3 mal täglich 1 bis 2 Tabletten.

Tanargentan-Pulver à 0,25 bis 0,5, 3 mal täglich 1 bis 2 Pulver.

353|2.2.

Literatur und Proben stehen den Herren Ärzten bereitwilligst zur Verfügung.

Fabrik chem. pharm. Präparate, Dr. R. & Dr. O. Weil, Frankfurt a. M.

Sanatorium Nordrach

im bad. Schwarzwald

für Lungenkranke (Private).

Herrliche Lage direkt am Wald, schöne und bequeme Waldspaziergänge.

— **Eröffnet am 1. März 1915.** —

Leitender Arzt: Dr. K. Weltz.

349|22.1.

Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen

Zur Beachtung: Meist sind nicht die ganzen Orte, sondern nur einzelne Stellen darin gesperrt. Näheres s. „grosse“ Cavetetafel „Ärztl. Mitt.“ oder „Ärztl. Vereinsbl.“

Fernsprecher 1 870 und 19 728.

Cavete collegae!

Drahtadresse: Ärzteverband Leipzig.

Aachen	Gröditz b. Riesa	Köln a. Rh.	Quint b. Trier	Steinigtwolms-
Angermünde , Kr.	Grossbeeren , Bez.	Köln-Kalk	Rambach	dorf
Berlin-Lankwitz	Guben	Kraupischken ,	Reichenbach ,	Strassburg , Els.
Bremen	Guxhagen , Bezirk	O.-Pr.	Schlesien.	Teltow , Brdbg.
Corbetha	Cassel	Kreuznach , Bad	Riesa a. Elbe-Gröba	Templin , Kreis
Diedenbergen	Halle S.	Lichtenrade bei	Ringenhain	Vöhrenbach , Baden
Diedenhofen , Loth.	Hanau , San.-Verein	Berlin	Rothenfelde bei	Waldorf , Hessen
Dietz a. L.	Heckelberg , Kreis	Mohrungen , Bez.	Fallerleben	Warmbrunn-
Dietzenbach , Hess.	Oberbarnim	Naurod	Ruhla , Thür.	Hermisdorf , Rie-
Düsseldorf	Heldburg A.-G. zu	Niederneukirch	Schirgiswalde ,	sengebirge
Elbing	Hildesheim	Oberbarnim , Kreis	Regsbzk. Bautzen	Weissenfels a. S.
Eschede , Hann.	Holzappel i. T. und	Oberneukirch	Schönebeck a. E.	Weissensee b. Berlin
Freudenberg	Umgebung	Oderberg i. d. Mark	Schorndorf ,	Witkowo , Posen
Gellenkirchen ,	Illingen , Rhld.	Ostritz (Sa.)	Württemberg	Zeltz , Prov. Sa.
Kr. Aachen	Kaiserslautern	Ottweiler , Rhld.	Schreiberhan ,	Zillertal-Erd-
Giessmannsdorf	Kattowitz , Schl.	Preuss. Holland	Riesengebirge	mannsdorf ,
(Schlesien)	Kaufmännische	Bezirk	Schweidnitz , Schl.	Riesengebirge
Gröba-Riesa	Kr.-K. für Rheinld.		Bahnarztst.	Zobten a. B., Schl.
	u. Westf.		Selb , Bayern	
	Klingenthal , Sa.		Stahnsdorf , s. Telt.	

Über vorstehende Orte und alle Verbandsangelegenheiten erteilt jederzeit Auskunft das Generalsekretariat, Leipzigerstrasse 18 II, Sprechzeit nachmittags 3—5 Uhr (ausser Sonntags). Kostenloser Nachweis von Praxis-, Auslands-, Schul- und Assistentenstellen sowie Vertretungen.

In vierter Auflage liegt demnächst abgechliffen vor:

Brehms Tierleben

Unter Mitarbeit hervorragender Zoologen herausgegeben von

Professor Dr. Otto zur Strassen

Mit etwa 2000 Abbildungen im Text und auf mehr als 500 Tafeln in Farbendruck, Ätzung und Holzchnitt sowie 15 Karten

13 Bände in Halbleder gebunden zu je 14 Mark

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Notiz für die Herren Bezirksärzte

Den Herren Bezirksärzten empfehlen wir unser Lager von

Impressen

zu

Hebammentagebüchern.

Karlsruhe.

Malsch & Vogel,

Buchdruckerei und Verlagshandlung

Den Herren Bezirksärzten zur gefälligen Kenntnisnahme!

Die im Schulverordnungsblatt Nr. 18 von 1915, Seite 157, vorgeschriebenen Formulare zum

Zeugnis

über körperliche Beschaffenheit und Gesundheitszustand

für die Meldung zur Aufnahme in eine Lehrerbildungsanstalt

(§ 3 Absatz 2 Ziffer 3 der Schulordnung der Lehrerbildungsanstalten vom 1. März 1904)

sind bei den Unterzeichneten zu haben.

Karlsruhe

Malsch & Vogel

Buchdruckerei und Verlagshandlung